

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV/234

Bonn, den 8. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Versuch einer Bilanz</u> Bemerkungen zum Bundeskongreß der Jungsozialisten Von Dr. Günther Müller, MdB	87
2 - 3	<u>Sofortprogramm für Hochschulen in Nordrhein-Westfalen</u> Ministerpräsident Kühn: "Verwirklichung durch unbürokratisches Handeln"	70
3a - 3b	<u>Sicherheit für Europa</u> Von Ludwig Nau	72
4	<u>Siegfried Aufhäuser +</u> Motor der deutschen Angestelltenbewegung	40
5	<u>Perspektiven, Sorgen und Hoffnungen in Jugoslawien</u> Jugoslawische Jugend über sich selbst Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	41
6	<u>Ein interessantes Experiment</u> Schüler im Stadtrat von Datteln als Berater	26

Versuch einer Bilanz

Bemerkungen zum Bundeskongreß der Jungsozialisten

Von Dr. Günther Müller, MdB

Am 14. September 1890 schrieb der greise Friedrich Engels in einem Artikel im "Volksblatt", daß die Revolte der "Jungen" eine Literaten- und Studentenrevolte sei. In den ersten Monaten nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes wurde die SPD damals von einer heftigen Diskussion erschüttert: Eine Gruppe junger Sozialdemokraten war nicht bereit, sich mit der Situation der wiederhergestellten Legalität anzufreunden. Man verachtete den Parlamentarismus, machte Anleihen beim Anarchismus, wollte die Partei "umfunktionieren". Der Spuk war bald vorbei. Die SPD hatte in August Bebel damals einen Vorsitzenden, der mit der Rückenlektüre Friedrich Engels für klare Verhältnisse sorgte.

Wenn man versucht, die Bilanz des Bundeskongresses der Jungsozialisten zu ziehen, so ist man geneigt, zumindest das Zitat von Friedrich Engels als treffend zu bezeichnen: Die Sprache der Diskutanten war nicht die Sprache des jungen Arbeiters und Angestellten. Es war die maniert vorgetragene Fachsprache von Soziologen und Politologen, die nur gelegentlich durch Zwischenrufe unterbrochen wurde. Bei der Zusammensetzung des Kongresses war dies kein Wunder: Noch nie waren so viele Abiturienten, noch nie sowenig Volksschüler auf einem Jungsozialistenkongreß.

Der Kongreß begann mit einem Paukenschlag: Der scheidende Vorsitzende Peter Corterier durfte nicht einmal seinen Rechenschaftsbericht halten, sein Rücktritt wurde nicht angenommen, man wollte die organisierte Macht bis zur Neige auskosten. Corterier wurde abgewählt. Sein später verteilter Rechenschaftsbericht zeigte, daß die politischen Gegensätze zu groß waren. Daß man den Bericht nicht diskutieren wollte, war die größte Schwäche des Kongresses.

Endlose Geschäftsordnungsdebatten und ein gewaltiges Ringen um die Anträge erfüllte die übrige Zeit des Kongresses. Drei Gruppen waren deutlich zu erkennen:

- * Die kritisch, aber loyal zur Partei stehenden
- * Die "Linken", die radikale, aber nicht allzu radikale Anträge formulierten
- * Die "Putschisten", die aus den Jungsozialisten am liebsten das Auffangbecken für eine neue linksradikale Partei machen wollten.

Die erste Gruppe war schwach und schwieg meistens. Die dritte war stärker und vor allem lautstark. Die Mittelgruppe war die stärkste und hatte die Fäden in der Hand. Sie will die Partei dorthin treiben, wo ihrer Meinung nach "links" ist. Sie lehnt das Konzept einer Volkspartei ab und will eine neomarxistische Klassenpartei schaffen. Dazu braucht sie die SPD, weil sie weiß, daß sie außerhalb dieser Partei keine Chance hat. Durch "Basisarbeit" in den Ortsvereinen durch "Inquisition" gegenüber den Mandatsträgern will sie ihr Ziel erreichen. Sie ist für den begrenzten Konflikt. Man will ausloten,

wie weit man gehen kann. Man hofft auf Überläufer und Renegaten aus den Reihen des Establishments. Dabei ist man längst selbst zum Establishment geworden.

In der Debatte um die Vorstandswahlen fragte man nach der "Kunkelei", wie die Wahlen vorbereitet hätte. Die Frage kam von "Links" von jenen schrecklichen Kritikern, denen erst am Schluß bewußt wurde, daß eine Vorstandswahl noch nie gründlicher auf einem Bundeskongreß der Jungsozialisten vorbereitet worden war, als auf diesem. Monatelange Vorgespräche hatten Erfolg gehabt oder wie es der neugewählte Vorsitzende Karsten Voigt in einem Rundfunkinterview nach der Wahl ausdrückte, man habe seit zwei Jahren eine systematische Arbeit betrieben, die Jungsozialisten northin zu bringen, wo sie jetzt sind.

Freilich, wo die Jungsozialisten jetzt sind, scheint auch dem Vorsitzenden nicht ganz klar zu sein: In einer Presseerklärung nach der Wahl forderte er die verstärkte Bildung von Theorien (weicher?), während er wenige Zeilen weiter von dem theoretischen Konzept spricht, das nur noch praktikabel gemacht werden müsse. Auf jeden Fall, so sagte er, sollte die Partei durcheinandergewirbelt werden.

Schon auf dem Kongreß - wo man selbstbewußt davon sprach, daß die Jungsozialisten schon heute in vielen Gebieten intensiver politisch und organisatorisch arbeiten als die Partei - wurde deutlich, daß man sich gegenseitig noch weiter anspornen wolle. So forderte der alte stellvertretende Bundesvorsitzende Herbert Lutz, daß das Bundessekretariat aus der "stickigen Luft" der "Bonner Baracke" nach Frankfurt verlegt werden sollte, was einen Delegierten mit Recht zu dem Einwand veranlaßte, daß dies "linker Putschismus" sei.

Auffallend war auch, daß mancher, der dem Parteiestablishment etwa bereits als Landtags- oder Bundestagsabgeordneter angehört, die scharfe Kritik an jenem Establishment schweigend hinnahm.

Sicher wird über diesen Kongreß eine Diskussion entstehen. So wichtig sie ist - so wenig sollte man den Kongreß überbewerten. Die politischen Entscheidungen sind irrelevant. Arbeitsgemeinschaftsbeschlüsse können keine Partei majorisieren. In einer Demokratie entscheidet immer noch die Mehrheit. Autokratische und elitäre Gruppen erledigen sich mit der Zeit, wie die Beispiele SDS und VDS zeigen, von selbst.

Es war immerhin auffallend, daß viele Beobachter die auch die Kongresse anderer Jugendorganisationen in der Bundesrepublik besucht hatten, von einem Mangel an politischen Talenten auf diesem Kongreß sprachen; sie meinten, daß der Anspruch der Jungsozialisten als oberste Instanz in Fragen der Parteimeinung angesehen zu werden und ihr Wunsch als "Stoßtruppe" alle anderen Gruppierungen innerhalb der Partei auszuschalten, sich leicht gegen sie selbst auswirken könne.

Die Partei wird gewiß nicht in den Fehler der Jungsozialisten in München verfallen: Pauschale Urteile reflektieren nie die Wirklichkeit. Die SPD ist nicht so, wie die Jungsozialisten sie auf ihrem Münchner Kongreß sehen, und die Jungsozialisten sind nicht so, wie sie einige in München darstellen wollten.

+ + +

Sofortprogramm für Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Ministerpräsident Kühn: "Verwirklichung durch unbürokratisches Handeln"

Kr - Proteste in der Ruhrmetropole Essen gegen die Studienverhältnisse; das gleiche Bild bei der Pädagogischen Hochschule Köln. In Bielefeld traten Kommilitonen in einen Sympathiestreik. Weitere Streikdrohungen in NRW wegen schlechter Studienverhältnisse, die von der Landesregierung keinesfalls bagatellisiert wurden und werden.

Im Gegenteil: Völlig unbürokratisch sagte Ministerpräsident Kühn dem Numerus clausus, der durch das bevölkerungsreichste Bundesland geübert, den Kampf an. "Sofortmaßnahmen sind erforderlich, weil die Zahl der Studienanfänger in einigen Fächern in diesem Wintersemester weit über das erwartete Maß angestiegen ist", erklärte Ministerpräsident Kühn.

In dem Sofortprogramm sind über die für 1970 bereits enthaltenen Verbesserungen hinaus weitere Stellenvermehrungen und Baumaßnahmen sowie ergänzende Mittel für Sachausgaben und Hilfskräfte vorgesehen.

In Schnellbauweise sollen 37.000 qm Vorlesungs-, Seminar- und Übergangsräume für Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen beschaffen werden. Damit werden in kürzester Zeit insgesamt 200 Großraumeinheiten erstellt, die bei rationeller Nutzung Arbeitsmöglichkeiten für etwa 5.000 Studenten bieten werden. Unter Anwendung neuzeitlicher technologischer und organisatorischer Erkenntnisse werden diese Raumkapazitäten in einer Weise erstellt, die den in herkömmlicher Bauweise errichteten an Nutzungswert nicht nachstehen. Die für diese Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 1970 erforderlichen Mittel belaufen sich auf ca. 20 bis 35 Millionen DM. Damit wird der Hochschulbauetat noch nicht einmal um mehr als 10 Prozent erhöht. Allein 1,076 Milliarden DM wurden 1969 vom Land Nordrhein-Westfalen für die wissenschaftlichen Hochschulen aufgebracht, davon 322 Millionen DM für Baumaßnahmen. Die Landesregierung hat also nicht erst seit gestern die Raumnot an den Hochschulen erkannt, sondern ist schon seit langem bemüht, den sprunghaft wachsenden Studentenzahlen durch Schaffung neuer Hochschulplätze gerecht zu werden.

Die nunmehr eingeleiteten Sofortmaßnahmen konzentrieren sich ferner auf eine schnelle Vergrößerung des Lehrkörpers an den Universitäten und

an den Pädagogischen Hochschulen. An den Pädagogischen Hochschulen werden weitere 74 Lehrstühle geschaffen, nachdem der Haushaltsentwurf 1970 bereits zusätzlich 33 Lehrstühle vorsah. Einschließlich der Umwandlung von außerordentlichen Professuren werden 1970 insgesamt 150 neue Planstellen für ordentliche Professuren in den Pädagogischen Hochschulen des Landes zur Verfügung stehen. Sie erhalten ferner zusätzlich 200 Stellen für wissenschaftliche und akademische Räte sowie Dozenten. Weitere Mehrstellen werden eingerichtet.

Zur entsprechenden Ausstattung der Hochschulen mit wissenschaftlichen und anderen Hilfskräften sowie mit Sachmitteln werden die Zentralmittel des Geschäftsbereichs Hochschulwesen beim Ministerpräsidenten in einem solchen Umfang verstärkt, daß bis zum Wirksamwerden des Haushalts 1971/72 gezielte Überbrückungsmaßnahmen getroffen und die Ausbildungskapazität besonders für Studienanfänger erhöht werden können.

Bei den Universitätsklinikern werden über die im Haushaltsentwurf 1970 vorgesehenen neuen Stellen für 236 Ärzte und Assistenzärzte hinaus weitere 390 Stellen für Assistenzärzte geschaffen. Damit wird zugleich der Neuregelung der Ausbildung für Medizinalassistenten nach der neuen Bundesärzteordnung Rechnung getragen.

"Dieses Sofortprogramm wird in der erforderlichen Kürze der Zeit nur durch unbürokratisches Handeln verwirklicht werden können", erklärt Ministerpräsident Kühn, der sich nunmehr bemüht, alle politischen Kräfte des Landes für dieses Sofortprogramm, das im Jahre 1970 über die Eratanzsätze hinaus einen Mehraufwand von ca. 55 Millionen DM erfordert, zu gewinnen.

Die prekäre Lage an den Hochschulen des Landes ist die Folge von Versäumnissen früherer Regierungen, die nicht von Sozialdemokraten geführt wurden. Die allgemeine Problematik im Personalsektor kann nicht anschaulicher als durch die Tatsache gemacht werden, daß sich das wissenschaftliche Personal an den nordrhein-westfälischen Hochschulen von 1.700 im Jahr 1968 auf 3.000 im Jahr 1969 erhöht hat. Gegenüber den anderen Bundesländern wurde die Zahl der Hochschullehrer in Nordrhein-Westfalen um die Hälfte gesteigert.

Diese Tatsachen können auch Streikende und Protestierende zur Kenntnis nehmen. Trotz unermüdlichen Einsatzes auf dem Gebiet der Bildungspolitik läßt sich in einer Legislaturperiode nicht das aufgeholt, was früher versäumt wurde.

Sicherheit für Europa

Von Ludwig Nau

Mit konkreten Vorschlägen zur Stabilisierung der europäischen Sicherheitslage beantworteten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO auf ihrer diesjährigen Ratstagung in Brüssel die östliche Anregung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz. Damit stellten sie der allgegenwärtigen und unverbindlichen, doch gerade darum propagandistisch wirksamen Hoffnung ein Stück europäischer Wirklichkeit entgegen. Denn nicht die großen Konferenzen lösen die Spannungen zwischen den Völkern und Blöcken und führen zu ihrer Überwindung. Allein der Abbau des Mißtrauens und der scheinbaren Indizien der Aggressionslust der jeweiligen Gegenseite.

So waren sich die Minister im Grundsatz einig, daß gegenwärtig nichts eine überstürzte Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz rechtfertigt. Weder das Klima in Europa spricht dafür noch reichen die von der Sowjetunion seither im Zusammenhang mit einer solchen Konferenz genannten Themen Gewaltverzicht und Verbesserung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen aus, um die Sicherheitslage in Europa dauerhaft zu stabilisieren. Wenngleich aus taktischen Gründen nicht expressis verbis, so doch eindeutig in der Sache, schlugen sie indessen einen Stufenplan europäischer Konferenzen vor, der sich vom bilateralen Testgespräch bis hin zur großen Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten erstreckt.

Das Präsidium wird bereits heute in Moskau beginnen. Mit den Verhandlungen über einen gegenseitigen Gewaltverzichts-Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wird eine wichtige Phase eingeleitet. Als nächster Voraussicht nach werden gleichartige Gespräche mit Warschau folgen. Dann ist es keine Prinzipienfrage mehr, sondern nur noch eine des technischen Verfahrens, in welcher Reihenfolge sich die Kette bilateraler Verhandlungen fortsetzen wird. Sie alle dienen dazu, Probleme, die zwischen der Bundesrepublik und unseren Gesprächspartnern im Osten bestehen, auf friedliche Weise zu klären und die gegenseitige Bereitschaft erkennbar zu machen, daß keine Seite daran denkt, mögliche Meinungsverschiedenheiten, sei es über Grenzfragen, sei es über das Wohnrecht von Minderheiten oder gar die innenpolitische Situation des anderen, auf gewaltsame Weise zu beheben. Nicht die vertragliche Fixierung, sondern die Verhandlungen über einen solchen Vertrag werden das allgemeine politische Klima

verbessern. Das jedenfalls ist die erklärte Absicht der Bundesregierung.

Von allgemeinpolitischem Interesse wird es sein, wie sich die DDR in diese Reihe bilateraler Gespräche einordnet. Mit Genugtuung wurde von unseren Alliierten zur Kenntnis genommen, daß die neue Bundesregierung die Regierung in der DDR als zuständigen Verhandlungs- und Vertragspartner anerkennt. Die drei westlichen Berlin-Mächte sagten einen Vorstoß gegenüber der Sowjetunion zu, der auf eine Verbesserung des Status der alten deutschen Hauptstadt abzielt. Er wird ebenfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Wenn es der Regierung Stoph ernst ist mit der Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten, dann wird sie den von der Regierung Kiesinger an ihn gerichteten Brief mit dem Angebot, Verhandlungsbevollmächtigte zu benennen, bald beantworten. Denn hinter diesem Brief standen schließlich Willy Brandt als damaliger Außenminister und Herbert Wehner als Minister für innerdeutsche Beziehungen.

Unsere Verbündeten teilen mit uns die Ansicht, daß die Klärung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander und des Verhältnisses der DDR zu dritten Staaten sowie die Rolle, die beide deutschen Staaten im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems spielen sollen, vornehmlich eine Angelegenheit der beiden deutschen Regierungen sein sollte. Sie betrachten andererseits den Verlauf solcher Gespräche als einen bedeutsamen Beitrag zum Frieden in Europa und stellten fest, daß sie "der Reaktion auf solche Vorschläge großes Gewicht beimessen".

Ein weiterer Schritt zur Entspannung können Verhandlungen über ausgeglichene Truppenreduzierungen in Europa sein. Die NATO bietet dem Ostblock erneut Verhandlungen darüber an. Zum dritten Mal übrigens seit knapp zwei Jahren. Aber sie sagt auch zugleich, daß sie sich nicht von den vagen Äußerungen aus dem Kreml über eine europäische Sicherheitskonferenz beirren läßt, selber alles Notwendige für ihre Sicherheit zu tun, so lange es zu keinen konkreten verbindlichen Vereinbarungen gekommen ist. Die Sicherheit in Europa zu stabilisieren ist unser Ziel vertraglicher Vereinbarungen. Die gegenwärtige Sicherheitslage so lange aber zu garantieren, bleibt die gegenwärtige Aufgabe unserer Verteidigungspolitik. An diesem scheinbaren Anachronismus führt kein Weg vorbei und ohne vertragliche Abmachungen kommen wir aus diesem Teufelskreis nicht heraus. Das hat man in Brüssel klar erkannt und dies gilt es in den kommenden Wochen auch dem Ostblock klarzumachen.

Siegfried Aufhäuser +

Motor der deutschen Angestelltenbewegung

sp - Im Alter von 85 Jahren ist Siegfried Aufhäuser in Berlin gestorben. Das Leben dieses Mannes war der Arbeit für einen "Stand" gewidmet, der viele Jahre gezögert hat, sich eine wirkungsvolle Berufsvertretung zu schaffen: die - wie man früher sagte - Handlungsgehilfen und Angestellten. Schon 1913 wurde Siegfried Aufhäuser Sekretär des "Bundes der technisch-industriellen Beamten" und kurz danach Geschäftsführer des "Bundes der technischen Angestellten und Beamten". Aber erst während des Krieges gelang es Aufhäuser, die bis dahin völlig zersplitterte Angestelltenbewegung zu einer Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammenzuführen, aus der dann nach dem Ersten Weltkrieg der "Allgemeine Freie Angestelltenbund", die AFA, entstand. Siegfried Aufhäuser war also der Motor der heute mächtig gewordenen gewerkschaftlichen Bewegung der deutschen Angestellten. Unzählige Gesetze, die auf eine verbesserte soziale Absicherung der Angestellten in allen Bereichen der Industrie und des Handels, der Banken und auch der freien Berufe abzielte, tragen die Handschrift Siegfried Aufhäusers, der von 1920 bis 1933 der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages angehörte. Auch als Mitglied des Reichswirtschaftsrates hat Siegfried Aufhäuser bei der Vorbereitung einer modernen Wirtschaftsgesetzgebung mitgearbeitet. Viele Artikel in Fachzeitschriften und in der Tagespresse zeugen von dem großen Wissen Aufhäusers, das er ganz in den Dienst der Angestelltenbewegung gestellt hatte.

1933 mußte Siegfried Aufhäuser emigrieren. Auf Umwegen gelang er in die Vereinigten Staaten, wurde dort Redakteur an der deutschsprachigen "New Yorker Staatszeitung" und betätigte sich als politischer Schriftsteller. Als Siegfried Aufhäuser 1951 nach Deutschland zurückkehrte, wurde er zum Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft gewählt; seit 1959 war Aufhäuser deren Ehrenvorsitzender. In Anerkennung seiner großen Verdienste um die Schaffung der deutschen Angestelltenbewegung, aber auch zum Dank für sein mutiges Auftreten gegen die These von der angeblichen Kollektivschuld des deutschen Volkes wurde Siegfried Aufhäuser 1954 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trauern um einen Mann, der immer zielstrebig die Interessen der Angestellten wahrzunehmen wußte und stets leidenschaftlich für die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Demokratie gekämpft hat. Mit ihm ist einer der Großen der deutschen Gewerkschaftsbewegung von uns gegangen:

- + +

Perspektiven, Sorgen und Hoffnungen in Jugoslawien

Jugoslawische Jugend über sich selbst

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Neben dem Frieden und den anderen allgemeinen Werten, um die sich auch in Jugoslawien jeder sorgt, stehen die Fragen des persönlichen Glücks im Mittelpunkt der Wünsche für das nächste Jahr. Autos, Eigenwohnungen, Auslandsreisen und andere Statussymbole füllen eine lange Wunschliste. Doch vor allem bei den jungen Jugoslawen begegnet man auch Antworten, die über die rein persönliche Zukunft hinausgreifen:

"Meine Probleme sind rein persönlicher Natur. Ich habe kein allzu großes Vertrauen in meine Intelligenz und fürchte mich vor dem neuen Jahr, vor der Zukunft. Überall macht man uns angst, man könne nur etwas werden, wenn man talentiert und außergewöhnlich fleißig sei. Überall hört man die alten Leute jammern, was nur aus uns werden soll."

"Einige meiner Freundinnen, die ihre Volksschule oder das Gymnasium beendet haben, finden keine Arbeit. Auch ich bin beunruhigt, was ich im nächsten Jahr anfangen soll."

"In unserem Staat gibt es so viele Deformationen und Anomalien, daß ich mit Furcht ins nächste Jahr und in die weitere Zukunft sehe, und das alles 25 Jahre nach unserer Befreiung. Sie werden mir sagen, daß ich ein "angry young man" sei und wenn Sie das sagen, dann sollen Sie auch wissen, daß ich keine Ausnahme bin."

"Mich beunruhigen die Verhältnisse in der jugoslawischen Politik; ich denke dabei an die Innenpolitik. Jeder, der ein wenig nachdenken kann, merkt, daß manches nicht in Ordnung ist. Die Leute sind sehr besorgt, und ich davon überzeugt, daß ihre Sorge vollkommen berechtigt ist. Ich glaube, die allgemeine Sorge wird im kommenden Jahr dazu führen, daß die führenden Leute dazu gezwungen werden, endlich einmal etwas Entscheidendes zu tun. Sollen sie doch nur einmal unter Volk gehen und sich anschauen, wie man mit einer Familie von 70.000 alten Dinar (rund 200 DM monatlich) leben kann."

"Ich freue mich, einmal sagen zu können, daß es bei uns einige Leute in großer Armut gibt. Eigentlich geht mich das gar nichts an, denn ich kenne ihre Lebensverhältnisse nicht genau und weiß auch nicht, weshalb sie so leben müssen. Aber sie leben sehr, sehr ärmlich, und ich fühle mich daran mit schuld."

"Meine Freunde gehen jetzt zum Skifahren, aber jeder muß tip-top angezogen sein. Wer das nicht kann, schämt sich und bleibt lieber zu Hause."

Eine Lösung für den Generationenkonflikt und für die sozialen Fragen - das sind die Hoffnungen, in denen Jugoslawien ins neue Jahr hinübergeht.

Ein interessantes Experiment

Schüler im Stadtrat von Datteln als Berater

sp - Bürgermeister Niggemeier von Datteln in Nordrhein-Westfalen hat ein interessantes Experiment eingeleitet. Auf seinen Vorschlag beschloß der Stadtrat einstimmig, je zwei "Schüler-Parlamentarier" von Gymnasien, Real- und Berufsschulen als Berater in den Ausschüssen für Schulfragen zu berufen. Die Begründung: Wenn junge Leute mit 18 Jahren in Zukunft zur Wahl gehen, sollte man meinen, daß sie auch schon mit 16 und 17 Jahren Ratsschlüsse zu Fragen geben können, die ihnen "unter die Haut" gehen.

Niggemeier ist mit 40 Jahren einer der jüngsten Bürgermeister im Ruhrgebiet. Er hat schon oft unorthodoxe Vorschläge gemacht und hierbei meist die Zustimmung seines Stadtrats gefunden. Als hauptberuflicher Leiter der Pressestelle der IG Bergbau und Energie steht Niggemeier ständig mit jungen Menschen und vor allem jungen Bearbeitern in Verbindung. Er kennt das Milieu, in dem sie leben und aus eigener Erfahrung auch ihre Sorgen und Wünsche.

Der Bürgermeister von Datteln ist davon überzeugt, daß die als Berater des Stadtrates in Zukunft tätigen Schüler die ihnen gebotene Gelegenheit zur Mitarbeit auf kommunalpolitischer Ebene eifrig nützen werden.

Niggemeiers Devise: Wenn sie es nicht tun, sind sie selbst daran schuld. Sie sollen sich dann aber auch nicht darüber beschweren, wenn etwas nicht so läuft, wie sie es sich vorstellen. Im übrigen hofft Dattelns Bürgermeister, daß andere Städte im Revier seinem Beispiel folgen werden.

+ + +